

Köln, 24.4.2013

## **Tag gegen Lärm am 24. April 2013**

### **Fluglärm ist vielerorts außer Kontrolle geraten Forderung nach mehr Nachtruhe und Lärmreduzierungsmaßnahmen**

Fast jeder dritte Bürger fühlt sich in Deutschland von Fluglärm belästigt. Der Grund liegt im zunehmenden Luftverkehr und den Ausbauten der großen Flughäfen wie Frankfurt und Berlin, aber auch in der wachsenden Zahl regionaler Flughäfen, deren Betrieb nur mit massiver Subventionierung möglich ist. Besonders die Regionen um die Flughäfen in Köln/Bonn und Leipzig/Halle leiden unter dem durchgehenden Nachtflugbetrieb, dessen Lärm sogar ansteigt.

Die vor einem Jahr in Betrieb gegangene vierte Bahn des Frankfurter Flughafens bewirkt mit ihren neuen Flugrouten massive Beeinträchtigungen bis in 70 km Entfernung vom Flughafen. Bereits am Tag ist die Umweltkapazität der Region überschritten. Sechs Stunden Nachtruhe können dies bei weitem nicht aufwiegen.

Wie in Frankfurt gehen auch in Berlin Zehntausende gegen den neuen Großflughafen BER auf die Straße. In den letzten Monaten gab es zudem zwei bundesweite Aktionstage. Berliner und Brandenburger fühlen sich gleich doppelt betrogen: zunächst durch eine falsche Standortwahl, aber auch durch jahrelang verschwiegene Flugrouten, die jetzt völlig neue Betroffenheiten schaffen.

Das Warten auf lärmärmere Flugzeuge in vielleicht 20-30 Jahren und das nur sachte Drehen an der Landeentgelt-Schraube reichen ebenso wenig aus wie fünf oder sechs Stunden Nachtschlaf, so der Präsident der Bundesvereinigung gegen Fluglärm, Helmut Breidenbach (Köln). Notwendig beim Kampf gegen Fluglärm sind schnelle Erfolge, und die sind nur über weitere Betriebsbeschränkungen zu erzielen.

Wir fordern für alle Flughäfen eine Deckelung des Fluglärms und darauf aufbauend Lärmreduzierungsmaßnahmen unter Beteiligung der Fluglärmkommissionen und der Öffentlichkeit mit konkreten und messbaren Lärmreduzierungszielen sowie geeigneten Maßnahmen für deren Erreichen.

Vorreiter für mehr Lärmschutz ist hingegen Rheinland-Pfalz, das in einer Bundesratsinitiative einen stärkeren Schutz der Nachtruhe sowie mehr Transparenz und Mitsprache bei der Festlegung von Flugrouten fordert. Blockiert werden die Bemühungen hingegen von Hessen, Berlin, Brandenburg und der NRW-SPD. Damit sind die größten Lärmverursacher gleichzeitig auch die größten Bremsen für Verbesserungen.

Wer hingegen den Fluggesellschaften Planungssicherheit gewährt, hat auch die verfluchte Schuldigkeit, die Lebensqualität der Menschen im Umland der Flughäfen zu schützen. Passiver Schallschutz alleine reicht dazu nicht aus – zeugt es doch auch von einem ärmlichen Menschenbild, wenn die Betroffenen ihre natürliche Umgebung immer nur durch dicke Fensterscheiben oder aber belastet durch schwer erträglichen Lärm erleben.

gez. Helmut Breidenbach  
Präsident der BVF